



## Dieser Rundbrief

- enthält nach einigen allgemeinen Betrachtungen
  - Kurzberichte über die letzten Aktionen
  - das Gespräch mit der AKW-Leitung
  - und Prozesse nebst einem taz-Artikel, aus dem folgt, daß wir in verschiedenen Rechtsstaaten leben
  - eine Vorschau auf die nächsten Prozeßtermine nebst einer Interpretation
  - und einer Einladung zum Prozeßseminar am 27.6. in Holzheim
  - Finanzielles
  - und was am Hiroshima-Tag und im Herbst geplant ist
- in der Anlage: ein Überweisungsformular  
und ein Hiroshimatag-Flugblatt zum Kopieren und Weiterverteilen

Volker Nick,

Sigrid Birrenbach / Rolf Hiemer,

Koni Link,

Volker Scheub,

den 21.5. 1997

## Liebe Freundinnen und Freunde,

die Castor-Aufregung ist vorbei, im Wendland haben mit X-tausendmal quer viele tausend Menschen ein Beispiel sozialer Verteidigung gegeben, und damit so deutliche Signale und auch so viel Pressewirbel, daß die Politik reagieren mußte. Die Diskussion läuft jetzt allerdings auf Transporte nach Ahaus und auf ein süddeutsches "Zwischen"-Lager hinaus, was uns auch nicht recht sein kann, insofern sind wir mit Goppel und Teufel mal einer Meinung ...

von der Mahnwache brauchen nach dem Castor-Auftritt mit über 2000 Polizisten für die 4 km zwischen AKW und Bf. Offingen, die uns unsere Ohnmacht sehr deutlich gemacht haben, jetzt so etwas wie eine Verschnaufpause. Für eine Gruppe wie die Mahnwache, die weniger durch das lokale Zusammenwohnen als durch die Idee des gewaltfreien Widerstands als eingreifendem Handeln zusammengehalten wird, wäre eine Ruhepause allerdings schon fast das Ende, wenn nicht die Prozesse zu führen wären, die wir ja nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern damit auch politisch arbeiten wollen.

Damit allerdings sieht es zur Zeit schlecht aus: Viele Prozesse werden gut vorbereitet und geführt, aber es interessiert sich kaum jemand dafür, vor allem die Medien winken dankend ab, sie hätten ja schon so viel geschrieben und so tolle Bilder gebracht. Wer einen Prozeß zu führen hat, möge doch bitte auch auf Öffentlichkeitswirkung achten. Zum anderen gibt es auch ein Problem, wenn Aktivisten wie Koni "aus dem Verkehr gezogen" werden, da ist die Kontinuität der Arbeit und auch der sonntäglichen Mahnwache in Frage gestellt, von den persönlichen Problemen mal zu schweigen.

### Zunächst zum Gorleben-Castor:

Die Presse hatte sich und andere emotional hoch-"gerüstet für heiße Märzwoche" (so z.B. die Günzburger Zeitung) und vor allem das Polizeiaufgebot lieferte dann auch die entsprechenden Bilder. Wir hatten uns auf Montag, den 3.3. eingestellt und mußten sehr kurzfristig per Postkarte vordisponieren, wie ihr Euch erinnert. Und wir waren sehr wenige, die auch keine Gelegenheit hatten, in die Nähe der Gleise zu kommen, ohne in Vorbeuge-Gewahrsam genommen zu werden. Einige haben das Orwell-Szenario nicht ausgehalten; andere kamen gar nicht bis zu Gruppe durch, so daß ein Die-In am Bf. Offingen, als der Castor vorbeifuhr, dann das angemessene Mittel war, unserer Ohnmacht und unserem Protest noch Ausdruck zu geben.

In Ulm und vor allem in Neckarwestheim waren wesentlich mehr Menschen beteiligt und das ist für Süddeutschland ermutigend, aber der Protest war auch dort nicht so stark wie erhofft.

Wir haben unsere Erwartungen sozusagen von den Medien hochschaukeln lassen, in Wirklichkeit war der Widerstand auf das Wendland beschränkt bzw. dorthin zentriert. Schon die relativ geringe Beteiligung von außen bei den vorbereitenden Schienen-spaziergängen hätte uns sagen sollen, daß wir z.Zt. nicht besonders toll zu mobilisieren in der Lage sind.

In dem Zusammenhang gab es einen gutgemeinten aber sehr problematischen Artikel in der Süddeutschen, die Mahnwache sei die Privatreligion von zwei Gutmenschen namens Rolf Hiemer und Konrad Link, die sich vor allem von der Anti-AKW-Bewegung abgrenzen müßten. Rolf und Koni möchten sich entschuldigen für die Naivität, mit der sie in das Pressegespräch gegangen sind, und die daraus folgenden Mißstimmungen und unnötigen Differenzen.

Obwohl der Castor schon vorbei war, war die Sonntags-Demo in Günzburg dann recht erfolgreich, 300 Teilnehmer bedeuten die größte Demo, die es in der Stadt seit langem gab.

Am Tschernobyl-Tag haben wir neben unserem Seminar (s.u.) mit Getrommel das AKW umgangen, dann mit dem Bündnis Schwäbischer AtomgegnerInnen einen Gottesdienst gefeiert. Dieses Bündnis wird sich im Herbst als Verein konstituieren, als eine Plattform für alle, die informationspolitisch und/oder regenerativ-energisch in der Region arbeiten wollen, worüber wir uns freuen und auf ein sich ergänzendes Miteinander hoffen.

Der Dialog mit den AKW-Betreibern ist wieder in Gang gekommen. Am 12.5. trafen sich Rolf Hiemer und Koni Link mit dem Geschäftsführer Gert von Weihe und Herrn Phillip. Es war wie zu erwarten schwierig, zu gemeinsamen Diskursformen zu kommen, und die Atmosphäre war ein wenig angespannt – von Weihe empfand es als etwas schikanös, in den Prozessen unter Androhung von Beugehaft etc. als Zeuge geladen zu werden (s.u.), und beide Seiten mußten immer wieder ihre "Statements" abgeben. Das Gespräch drehte sich um die sich widersprechenden wissenschaftlichen Aussagen um die Gefahren der Castor-Transporte (Kuni-Studie), und daraufhin um die Rolle der Wissenschaft, die keine objektive Instanz über den Konfliktparteien darzustellen vermag, sondern selbst interessengebunden ist. Wobei Rolf und Koni keine gesellschaftlichen Interessen zu vertreten hatten; insofern gab es und gibt es auch nichts zu verhandeln. Angesprochen wurden auch die Castor-Transporte, das geplante süddeutsche Zwischenlager und die bevorstehenden Zivilprozesse (v.a. Schäden am AKW-Gleis), wobei Rolf eine außergerichtliche Einigung vorschlug, die entsprechenden Beträge einer regionalen Solarinitiative zukommen zu lassen. Darüber werden wir noch diskutieren –Beiträge und Meinungsäußerungen erwünscht!

## Prozesse

**1. Holger Jänicke (Aufruf-Flugis) ist am 25.2. am Amtsgericht Dortmund freigesprochen worden.** Leider ist die Urteilsbegründung nach Meinung unserer Juristen so "abenteuerlich", daß wir damit nicht so viel anfangen können.

Holger kommt übrigens wieder nach Mutlangen und wird uns bei der Juristerei behilflich sein. Das wird Volker Nick entlasten, der mit seinem Fahrradkurier gerade gut zu tun hat – wozu wir ihm gratulieren!



**2. Die Berufungsverhandlung am 12. 3. 97, Landgericht Memmingen wegen Beschriftung eines Castor-Behälters** gegen Hanna Jaskolski, Rolf Hiemer und Konrad Link fiel bis jetzt aus. Richter Worm prüfte, ob nicht ein Urteil des Bayrischen Obersten Landgerichts Anwendung finden muß, wonach eine Beschriftung, die die Funktionsfähigkeit nicht einschränkt, keine Sachbeschädigung sein kann.

Sofort schob die Staatsanwaltschaft nach: weil das Abwaschen unserer Schrift mit Nitroverdünnung auch die Beschriftung der Bundesbahn mit abgewaschen hatte, mußte der Waggon neu beschriftet werden, was dann doch eine Sachbeschädigung sein soll. Als Schikane wird dieses Verfahren voraussichtlich mit dem anderen Berufungsverfahren (4.) zusammengelegt. Die Zusammenlegung soll eine klare Strukturierung der Verhandlung bringen, auf deutsch: kurzen Prozeß machen.

Amtsrichter Seitzer hatte die drei nach §303 StGB verurteilt, und zwar Hanna zu DM 2400,-, Rolf zu 1200,-, ersatzweise beide zu je 30 Tagen Haft. Koni erhielt sogar 2 Monate auf Bewährung. Gleichzeitig steht ein Zivilprozeß über ca. DM 800,- an.

**3. Am 21.3. 97 war Berufungsprozeß am Landgericht Augsburg gegen Alfred Braun und Konrad Link wg. Aufrufens zur Schienenstilllegung:**

Die Strafe für Alfred wurde von 60 Tagessätzen a DM 70,- reduziert auf 30 Tagessätze a DM 50,-. Koni, der von Amtsrichterin Holzer zu vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden war, bekam jetzt 90 Tagessätze a DM 10,-.

Als Zeugen bescheinigten Oberregierungsrat Meier von Landratsamt Günzburg, Frau Witt, PI Burgau, und Herr Obermair von der Polizeidirektion Krumbach der Mahnwache, auf ihre Gewaltfreiheit könne man sich unbedingt verlassen. Obwohl die Beweisanträge von Richter Weigand "aus prozeßökonomischen Gründen" als wahr unterstellt wurden, wurde § 34 StGB (rechtfertigender Notstand) verneint. Die Angeklagten haben Rechtsmittel eingelegt.

**4. Am 7. April wurde nach 3 Verhandlungstagen im Amtsgericht Günzburg wegen Zerstörung von Bauwerken nach § 305 StGB zu 3 Monaten auf Bewährung verurteilt: Sigrid Birrenbach, Rolf Hiemer, Konrad Link und Volker Nick. Sie hatten am 27.9.93 am AKW-Privatgleis bis zur Festnahme eine Schiene abmontiert,** um den Abtransport von abgebrannten Brennelementen in die Wiederaufarbeitungsanlage THORP in Sellafield (GB) zu verhindern.

Zweimal wurde der Geschäftsführer der Betreibergesellschaft des AKWs (KGB) gehört, Gerd von Weihe: Für die Entsorgung sei ein anderer Betreiber zuständig, nämlich die RWE. Er könne zu Sellafield nichts sagen, auch zu den Emissionen im AKW Gundremmingen könne er keine Aussagen machen.

Christian Küppers, Atomphysiker vom Ökoinstitut Darmstadt, sagte als Sachverständiger aus:

– die damals noch nicht genehmigte WAA THORP wäre hier nicht genehmigungsfähig, sie entspricht nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik, wie im deutschen Atomgesetz geboten, auch die Sicherheitsstandards liegen aus ökonomischen Gründen unter den deutschen. Stellungnahme von Atomrechtler Prof. Kühne dazu, die von Weihe im Prozeß verlesen wurde: "Der Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit des Gemeinsamen Marktes wiegt schwerer als der Zugewinn an Sicherheit".

– Die genehmigten Abgabewerten liegen weit über den in der BRD geltenden Standards. Zur Erinnerung: Sellafield darf in einem Jahr 27,5 Mio. Curie Gesamtradioaktivität an die Umwelt abgeben; etwa die Hälfte dessen, was in Tschernobyl freigegeben worden war. Für Wackersdorf waren 4,3 Mio. Curie festgesetzt worden. An Alphastrahlern wie Plutonium gibt THORP 100.000x mehr ab als in Wackersdorf vorgesehen war.

Küppers: "In der WAA ist der Störfall schon Normalbetrieb".

– die britische WAA-Betriebsmethode des "Verdünnens und Dispergierens", also der weiträumigen Verteilung in der Nordsee entspricht nicht dem Minimierungsgebot des deutschen Atomrechts.

– Die Transportgenehmigungen durch das Bundesamt für Strahlenschutz, gegen die nicht geklagt werden kann, stehen Inhalt und Zielen des Atomrechts entgegen. Das Bundesamt prüft als Transportvoraussetzung aber nur, ob ein Vertrag vorliegt.

Während der Gesetzgeber im Atomgesetz die "schadlose Verwertung" vorschreibt, sagte Richter Schöler in der Urteilsbegründung, der Gesetzgeber sei sich der Gefahr bewußt, die von der Atomwirtschaft ausgeht. Es dürften dagegen nur die Mittel der Demokratie eingesetzt werden, selbst wenn diese nicht ausreichten. Also sei § 34 StGB (rechtfertigender Notstand) oder § 228 BGB nicht gegeben. "Das beschädigte Gleis stellte keine Gefahr für Leben oder Gesundheit der Bevölkerung in Sellafield dar", ach so. *Wenn der Amtsrichter stattdessen etwas Mut gehabt hätte, hätte im Fall Sellafield verhandelt werden müssen, wie die Atommacht das ihr genehme Recht schafft.*

Die Staatsanwaltschaft, die 7 bzw. 5 Monate wg. § 316 StGB (gefährlicher Eingriff) verlangt hatte, ist in Berufung gegangen, deshalb wird am Landgericht Memmingen neu verhandelt.

Aus einem Brief von Rolf an den Berufsrichter Worm: "Wenn, wie das Amtsgericht wiederholt verlangt hat, der Schutz der Grundrechte nur über demokratische Mehrheiten erreicht werden soll, dann befinden wir uns nicht mehr in einem Rechtsstaat. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Wenn, wie ausreichend dargestellt, die Entsorgung in Sellafield Grundrechte verletzt, dann hätte die Staatsanwaltschaft Memmingen und das Amtsgericht Günzburg eingreifen müssen, auch wenn es innerhalb faktischer Machtverhältnisse etwas kosten sollt. Wenn die Gerichte sich weigern, auch staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen, wozu braucht man dann noch unabhängige Richter?"

Stellungnahme von Staatsanwalt Kreuzpointner: "Ein Ausscheiden der zu erwartenden Scheinrechtsfragen wird eine klare Strukturierung der Verhandlung fördern". *(An etwaigen Assoziationen ist die Mahnwache unschuldig!)*

**5. Am 22.4. wurde Doris Kainz von Amtsrichter Seitzer zu 50 Tagessätzen a DM 80,- verurteilt, sie hatte Flugblätter zur 1. Ausrangiert-Aktion 95 verteilt.** Der Richter sah keinen prozeßrelevanten Zusammenhang zwischen Aufruf und der Aktion selbst, bei der Doris dabei war, sondern verurteilte nach § 111 StGB (Aufruf zu Straftaten), so daß es in derselben Sache noch eine zweite Verurteilung gibt. Damit liegt dieses Urteil im Trend, daß die Strafen für gewaltfreie Aktionen der Mahnwache seit März immer härter ausfallen. Doris geht in Berufung.

**6. Wegen Flugblatt-Verteilens (Ausrangiert-Aufruf) bei der Tschernobyl-Demo in München letzten Jahres wurde Frank Winkler vom Landgericht München am 16.5. 97 zu 30 Tagessätzen (ohne Strafvorbehalt!) verurteilt.**

**7. Richter Groß dagegen stellt am Amtsgericht Günzburg die "Ausrangiert"-Ordnungswidrigkeiten ein,** die es am 28.4.96 statt Strafanzeigen gab.

*Und an dieser Stelle wieder die dringende Bitte, über alle Termine etc. den Volker Nick auf dem Laufenden zu halten.*

*Zur Unterstützung können Urteile, Beweisanträge etc. angefordert werden, ebenso das Merkblatt, das wir nach dem letzten Prozeß-Seminar erarbeitet haben (war im vorletzten Rundbrief).*



## §-Termine:

Am 6.6. wird um 9.30 Koni vor dem Amtsrichter Seitzer in Günzburg stehen. Dabei geht es um zwei Verstöße gegen das Versammlungsrecht bei Schienenspaziergängen, 1x Störung öffentl. Betriebe, 1x Sachbeschädigung und 1x Zerstörung von Bauwerken, alles verschiedene juristische Wörter für "Ausrangiert"-Aktionen. Dieser Ein-Mann-Massenprozeß ist der bisherige Höhepunkt in der Strategie der Staatsanwaltschaft und des bayerischen Innenministeriums, die Mahnwache als kriminelle Gruppe und einige ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit zu Verbrechern zu stempeln und fertig zu machen.

4.7. um 9h am Landgericht München: Berufungsverhandlung gegen Gerta Manz.

18.7. Landgericht München: Friedrich Müller, beide wg. Ausrangiert-Flugis.

3.6. 11h, Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12: Gerald Neubauer hat am 12.11.95 Schotter weggeräumt, er wird vor dem Jugendgericht die Sellafield-Beweisanträge (4.) stellen.

Und heute hat Volker Nick eine Anklage wegen Schienenspaziergang 97 bekommen ...

## Der Versuch einer Interpretation:

Jahrelang haben sich Regierung und Staatsanwaltschaft mit uns schwer getan: Bei unserer ersten Aktion zivilen Ungehorsams 1990 wurden vier Personen gleich in Unterbindungsgewahrsam genommen, was einen Skandal auslöste und für die Polizei, das Günzburger Amtsgericht und den bayerischen Innenminister (damals noch Stoiber) mit einer Blamage endete. Der erste Strafprozeß wegen gewaltfreier Schienenblockaden endete am Bayrischen Obersten im wesentlichen mit Freispruch.

Gründe der politischen Opportunität oder die Langsamkeit der Gerichte ließen uns dann machen, mit der Hoffnung, daß wir von allein aufgeben würden, schließlich waren wir nie viele. Wir waren uns auch sicher, daß uns die Strafverfolgung öffentliche Solidarität bringen würde, zumal Mahnwache und das "Bündnis Schutz vor MOX" einige Jahre ziemlich erfolgreich die Aufmerksamkeit auf Gundremmingen lenkte.

Erst mit dem seit 1995 angekündigten Castor nach Gorleben und unseren zahlreichen Aktionen in den Jahren 95-97 änderte sich das. Bayern wollte im politischen Machtkampf um Atomkonsens und Entsorgung unbedingt hart bleiben. Gundremmingen drohte aber zu einem Ort des Widerstandes zu reifen, vor allem nachdem wir mit der öffentlichen Aufforderung zur Schienenstilllegung begonnen hatten und sich mehrere hundert Menschen beteiligten. Diese Eskalation mußte den Freistaat herausfordern. Die Reaktion bestand in hilflos wirkenden Diffamierungen: die Mahnwache wurde im Verfassungsschutzbericht für 1995 als linksradikale und gewaltbereite Gruppe einsortiert, im Landtag wurden wir von der CSU-Mehrheit als Kriminelle bezeichnet, die Staatsanwaltschaft deckte uns weiter mit Strafverfahren ein, und die Gerichte begannen mitzuspielen. Unsere Gewaltfreiheit wird wegdefiniert und die Strafmaße treiben den Preis hoch, sich an Aktionen der Mahnwache zu beteiligen.

Und das hat neuerdings Erfolg: wir gelten den staatlichen Institutionen als politische Kriminelle, während im direkten Umgang mit den Repräsentanten von Polizei, Landratsamt und auch den Richtern dieses Etikett keine Bedeutung hat. Wichtig erscheint dabei die Rolle des Richters Worm, Landgericht Memmingen. Er hat Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesprochen, und das hat fast die gesamte Rechtsprechung übernommen. Als bekannter SPD - Politiker der CSU-Borniertheit unverdächtig stellt er die ideale Besetzung dar in dem Stück, daß die Staatsanwaltschaft gegen uns inszeniert. Er verleiht ihr Legitimation und öffentliche Akzeptanz. Die SPD z. B. wird aus Parteräson keine Kritik an dieser politischen Justiz üben.

Vor allem für "Ausrangiert"-Angeklagte gibt es am 27.6. ein Prozeß-Seminar in Holzheim, zu dem wir besonders diejenigen einladen, die zum ersten Mal vor Gericht stehen (andere sind nicht ausgeschlossen, sondern wegen ihren Erfahrungen ebenso gefragt!). Neben den notwendigen Informationen sollen Rollenspiele dafür sorgen, daß man/frau nicht unnötig verschüchtert und befangen vor der Autorität steht, sondern seine Sache und persönlichen Motive vertreten kann. Bitte meldet Euch bei Volker Nick oder Koni Link an!

## Doris berichtet von unserem Mahnwachenkonto:

Am 1.1.97 DM 12.151,49

am 10.5.97 8.063,54

In diesem Zeitraum hatten wir an Ausgaben

- für 2 Rundbriefe, 3 Postkarten (Kopien, Porti), Pressearbeit	1.300,-
- für Auflagenbescheide zu den Aktionen zum Gorleben-Castor: Schienenspaziergang, Mahnwache am Bf. Offingen	102,-
- Klage Auflagenbescheid zu "Ausrangiert"	461,17
- Castorprozesse Alfred, Koni, Holger	2.852,-
- Kontogebühren	22,-
	<hr/> 4.737,17

## Einnahmen

- allgemeine Spenden	719,22 -
- für den Prozeß von Holger	130,-
	<hr/> 849,22

Es stehen noch einige Anwaltsrechnungen aus, und vor allem kommen eine ganze Reihe Prozesse auf uns zu, so daß unsere Finanzen nicht so rosig sind wie es auf den 1. Blick aussieht. In Ettenbeuren haben wir ausgemacht, daß weiterhin jede einzelne Rechtshilfe vom monatlichen Arbeitstreffen beschlossen wird, und zwar nach politischer Wichtigkeit des Prozesses und Bedürftigkeit. **Wir bitten Euch um Spenden, um in der kommenden Prozeßflut handlungsfähig bleiben zu können.**

Und was war noch im KJG-Heim Ettenbeuren am 25.-27. April? Wir waren ziemlich wenige, so daß aus dem beabsichtigten Ratsschlag nicht sehr viel wurde.

Wir haben beschlossen, zwischen Hiroshima- und Nagasaki-Tag 6.-9.8.97 wieder ein Camp zu machen, zu dem Ihr hiermit herzlich eingeladen seid: Im "Koni-Link-Haus" (nein, das heißt nicht so, das ist nur so) in Holzheim nehmen wir Quartier; wenn Ihr Euch in Massen anmeldet, können wir auch zelten (Schlafsäcke mitbringen, für Verpflegung sorgen wir). Vielleicht können wir uns gegenseitig dabei soweit ermutigen, daß wir im Herbst wieder eine Aktion Zivilen Ungehorsams machen. Wenn der nächste Transport nach Ahaus geht, sollten auch wir ein entsprechendes Signal setzen und die Schiene symbolisch stilllegen. Genauso wichtig ist es aber auch, und damit sind wir wieder am Anfang, die Prozesse und Strafen öffentlich wirksam zu machen: Jeder Leserbrief, jeder Infotisch hilft Koni und den anderen gewaltfreien Atomgegnern, daß ihr Knast nicht sinnlos und damit zerstörend wirkt.

Vielleicht ist -und das ist jedesmal zu prüfen- das Konzept der Gewaltfreiheit ja nicht das Gelbe vom Ei, aber bisher wurde uns noch nichts besseres angeboten. Und das Beispiel Wendland zeigt, daß sich auch in Zeiten der Restauration was bewegen läßt. Bei uns sind es die Pfade Dialog mit der AKW-Leitung, Aktionen gegen die atomare Zukunftsverneinung, daraus folgende Prozesse mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit - und Sonnenenergie. Staatsanwalt Kreuzpointner stöhnt öffentlich über 80 Verfahren allein in seinem Amtsbereich. Wir müssen ihm nur noch den Grund dafür liefern.

Es liegt an uns, es liegt an Dir.

Mit diesem pathetischen Schluß grüßt Euch

*Volker Nick*



# Schienen-Proteste sind erlaubt

Zwischenbilanz der Verhandlungen gegen Castor-Demonstranten. Die Mehrzahl der Angeklagten wurde bisher freigesprochen ■ Aus Hannover Jürgen Voges

„Die hier anhängigen Verfahren wegen der Castor-Aktionen auf den Gleisen in Dannenberg sind größtenteils nicht abgeschlossen“, sagt der Sprecher der Staatsanwaltschaft Kiel und hält deswegen eine rechtliche Bewertung für noch nicht zulässig.

Das Amtsgericht in Bad Bramstedt, das über das dort ansässige Bundesgrenzschutzkommando an Bußgeldverfahren gegen gleich 50 Castor-Gegner geraten war, sah das am vergangenen Freitag in öffentlicher Verhandlung anders: Es legte einen ersten Bußgeldbescheid über 50 Mark, den der BGS wegen Demonstrierens auf den Gleisen verhängt hatte, zu den Akten und empfahl der Kieler Staatsanwaltschaft, auch die übrigen Bescheide zurückzunehmen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stellte der zuständige Amtsrichter über die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung, die das Betreten von Gleisanlagen untersagt. Schließlich könnte man sonst auch mit Hilfe der Straßenverkehrsordnung alle Versammlungen auf Straßen unterbinden.

Die 50 Bußgeldbescheide des BGS gehen auf die wendländische Kampagne „Keine Bahn zum Castor-Kran“ zurück, bei der zwischen September letzten Jahres und Februar dieses Jahres immer wieder Gruppen von AKW-Gegner zur „öffentlichen Schienende-

montage“ geschritten waren. Sie hatten die Gleise direkt vor der Dannenberger Umladestation angesägt oder dort Gleismuttern entfernt. Wegen der Kampagne des zivilen Ungehorsams sind bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg auch 100 regelrechte Strafverfahren anhängig, etwa wegen Sachbeschädigung oder gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr. Dabei wertet die Staatsanwaltschaft Lüneburg in zahlreichen Fällen bisher die bloße Anwesenheit am Ort des Geschehens als Beihilfe durch Ermutigung anderer Aktivisten.

Die der Schienendemontage Beschuldigten wollen sich in Lüneburg offensiv verteidigen, hatten sie doch auch öffentlich zum zivilen Ungehörig an den nur zum Castor-Transport genutzten Gleisen aufgerufen. Wenn es nach der bisherigen Bilanz aller Strafverfahren nach den Castor-Protesten im Wendland geht, stehen ihre Chancen nicht schlecht. Die kürzlich von Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) dem Landtag vorgelegte Statistik der Castor-Verfahren zeichnet ein Bild vom Protest, das alle Gewalttätersprüche Lügen straft.

Vom 1. Januar 1995 bis zum 1. April 1997 hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg 1.404 Ermittlungsverfahren wegen der Anti-Castor-Aktionen im Wendland eingeleitet: Von den 383 Verfah-

ren des Jahres 1995 führten nur 41 zum Erlass eines Strafbefehls oder einer Anklageerhebung, 23 AKW-Gegner wurden vor Gericht anschließend freigesprochen, neun hatten eine Geldstrafe zu zahlen, bei weiteren neun sind die Verfahren noch nicht abgeschlossen. Aus den 881 Castor-Verfahren des Jahres 1996 resultierten 62 Strafbefehle und Anklagen, die bisher zu zehn Verurteilungen und sechs Freisprüchen führten. Nach Angaben des Landgerichts Lüneburg hatten die 19 Verurteilten nur niedrige Geldstrafen zu zahlen. Als höchste Strafe ist die Verurteilung eines jungen Mannes wegen Sachbeschädigung zu 20 Tagessätzen oder 600 Mark in Erinnerung.

— hier sind wir  
offenkundig nicht  
dabei... vs



# MAHNWACHE GUNDREMMINGEN

jeden Sonntag 15 h vor der AKW, jeden 1. Sonntag des Monats Arbeitstreff

## RUNDBRIEF

Liebe Freundinnen und Freunde, Ihr wißt es schon: Der Castor kommt.

Mit den für die 1. Märzwoche angekündigten Castor-Transporten von Neckarwestheim und Gundremmingen nach Gorleben plant die Atomwirtschaft einen „Demonstrationszug“, der nicht atommüll-technisch notwendig ist, sondern politisch Zeichen setzen soll.

2000 Menschen haben sich dem 1. Gorleben-Castor April 95 in den Weg gestellt, 15000 Polizisten und 55 Mio DM waren notwendig, den Atommüll ins Wendland zu bringen. Beim 2. Transport im Mai 96 waren es 6000 Menschen, der größte Polizeieinsatz in der Geschichte der BRD mit 19000 Polizisten hat 90 Mio DM gekostet ...

Im Vorfeld gab es jetzt etwas Verwirrung um Michael Sailers These, unser Widerstand fördere die Wiederaufarbeitung; aber mit mehr Recht kann man behaupten, wir übten Druck aus für eine interne Zwischenlagerung bis zur Stilllegung. Es ist nicht nur ein Gebot der Solidarität mit den Menschen im Wendland, sondern Ausdruck unserer Forderung nach Ausstieg aus der Atomwirtschaft, wenn wir der „Castor-Demonstration für Umweltzerstörung, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“ unseren Widerstand entgegensetzen.

Damit unsere Mittel und Aktionsformen mit den Zielen und Motiven übereinstimmen, die alle Teilnehmenden mitbringen, eine zukünftige Gesellschaft ohne Bedrohung durch Atomtechnologie und Gewalt, verpflichten wir uns auf die nebenstehende Erklärung.

Der Polizei-Einsatzleiter ist „neu“, wir kennen ihn nicht und müssen damit rechnen, daß er von oben Druck hat, daß also unsere Aktion nicht so relativ entspannt wie gewohnt ablaufen wird. Umso wichtiger ist es, daß Teilnehmer, die sich kennen, als Bezugsgruppe zusammen kommen und vorher vielleicht auch trainieren. Wer schon am Sonntag anreist, kann „als Gruppe“ übernachten.

Zwar ist seit dem Mutlangen-Urteil des Bundesverfassungsgerichts unsere Sitzblockade nur noch eine Ordnungswidrigkeit, doch müssen wir damit rechnen, daß Polizei und Justiz in Bayern dies neu zu interpretieren wissen. Als Ermittlungsausschuß und Pressestelle fungiert das Carl-Kabat-Haus in Mutlangen, Tel. 07171-74263.

Volker Nick

Sigrid Birrenbach / Rolf Hiemer

Koni Link

Volker Scheub

den 3.2. 1997

Übereinkunft für unsere Aktionen  
beschlossen am 20.1.96 in Ettenbeuren

Die Mahnwache Gundremmingen ist eine offene, gewaltfreie Aktionsgruppe. Wir arbeiten seit 1989 gegen das Atomkraftwerk Gundremmingen und für eine Energiewende. Dabei leisten wir auch eingreifenden zivilen Ungehorsam, und stehen persönlich und öffentlich für unser Handeln ein. Wir handeln aus Respekt vor dem menschlichen Leben. Ein offener, ehrlicher und friedlicher Umgang sollte nicht nur untereinander, sondern auch in der möglichen Konfrontation mit Polizei und AKW-Beschäftigten gesucht werden. Wir veranstalten öffentliche Versammlungen, Demonstrationen und Aktionen, zu denen wir in Wort und Tat und Art und Weise stehen wollen und können, ob vom Staat genehmigt, toleriert oder verboten.

# Kein Castor nach Gorleben!

## GEWALTFREI UND UNGEHORSAM GEGEN DEN CASTOR

### Sa 1.3. Demonstration in Günzburg

11.30h ab Bahnhof, 12h Kundgebung auf dem Marktplatz mit Raimund Kamm, Konrad Link u.a.

### So 2.3. Schienenspaziergang

14h vom Bf. Offingen zum AKW Gundremmingen, 15.30h Kundgebung auf dem Gleis

### ab Mo 3.3. setzen wir uns zur Wehr

gewaltfreie Blockade des AKW-Gleises bis zur polizeilichen Räumung

Beim Warten auf den Castor freuen wir uns über Beiträge  
aller Art: Spiele, Lieder, Vorlesen, Essen, Trinken ...  
Warme Kleider, Verpflegung, Schlafsack mitbringen!

## MAHNWACHE GUNDREMMINGEN

ViSdP/Info/Pressekontakt: V. Nick, Carl-Kabat-Haus, Schulstr. 7, 73557 Mutlangen, 07171-74263